Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1232**
15. Wahlperiode 25. 06. 2003

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Gudrun Kopp, Marita Sehn, Ulrich Heinrich, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Klaus Haupt, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Agrarpolitische Herausforderungen der WTO und EU-Osterweiterung mit der Kulturlandschaftsprämie meistern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. für eine stärkere Orientierung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit einzutreten;
2. sich für die Umsetzung der vereinbarten Beschlüsse der 4. Ministerkonferenz der Welthandelskonferenz (WTO) in Doha einzusetzen. Im Vordergrund stehen im Agrarbereich Reformen an den drei zentralen Instrumenten bisheriger Marktregulierung in Europa: das sind die interne Stützung, die Exportsubventionen und der Außenschutz;
3. die EU-Osterweiterung nicht durch weitere Agrarüberschüsse infolge unzureichender und kontraproduktiver Reformen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik wegen der Nettozahlerposition Deutschlands zu Lasten der deutschen öffentliche Haushalte zu gefährden;
4. die stärkere marktwirtschaftlichere Orientierung der europäischen Agrarpolitik, die handelspolitischen Beschlüsse der WTO und eine erfolgreiche EU-Osterweiterung durch die Einführung einer flächengebundenen Kulturlandschaftsprämie zu gewährleisten. Dazu sind
   - die Direktzahlungen (Prämien) aus marktwirtschaftlichen und ökologischen Gründen von der Produktion zu entkoppeln und an die Bewirtschaftung der Flächen zu binden;
   - die bürokratischen Reglementierungen zu verringern und
   - die gesamtgesellschaftlichen Leistungen einer multifunktionalen Landwirtschaft zu honorieren. Dazu sollen Landwirte zukünftig für ihre

Dienstleistungen zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft unter Einbeziehung des Grünlandes eine Kulturlandschaftsprämie erhalten.

Berlin, den 24. Juni 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik muss sich zukünftig stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit orientieren. Dazu muss der unternehmerische Landwirt in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Landwirte müssen von bürokratischer Gängelung und bürokratischen Marktregulierungen befreit und damit wieder zu Unternehmern gemacht werden. Sie müssen die Chance haben, einen wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt zu erzielen.

Zukünftig sollen die Landwirte für ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft eine produktunabhängige Kulturlandschaftsprämie erhalten. Im Gegenzug entfallen schrittweise die bisherigen bürokratischen Marktregulierungen. Weil unternehmerische Landwirte Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, kann ein Umbau der produktbezogenen Stützung zu einer produktunabhängigen Kulturlandschaftsprämie nicht von heute auf morgen erfolgen. Deshalb hätte die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 genutzt werden müssen, um die mit der Agrarreform von 1992 und mit der Agenda 2000 eingeleitete marktwirtschaftliche Orientierung der EU-Agrarpolitik fortzuführen.

Dieser Umbau der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik ist auch erforderlich, um die Herausforderungen der laufenden WTO-Runde und der EU-Osterweiterung erfolgreich zu bestehen. Mit Rücksicht auf die höheren Standards und die multifunktionalen Leistungen unserer heimischen Landwirtschaft muss bei den laufenden Verhandlungen der WTO-Runde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft sichergestellt werden, ohne dass neue protektionistische Barrieren aufgebaut werden.

Mit dem Modell einer Kulturlandschaftsprämie sind die Herausforderungen der EU-Osterweiterung und der WTO-Runde zu meistern. Insbesondere der geforderte Abbau der internen Stützung, Exportsubventionen und Agrarzölle ist mit diesem marktwirtschaftlichen Ansatz der Entkopplung zu verwirklichen. Diese flächengebundene Kulturlandschaftsprämie hat zudem den Vorteil, dass damit keine Benachteiligung der Grünlandstandorte erfolgt. Durch die mit diesem Modell einhergehenden volkswirtschaftlichen Effizienzgewinne in Milliardenhöhe lassen sich die Belastungen für Landwirte und Steuerzahler deutlich verringern. Mit einer Teilentkopplung ist das nicht zu erreichen. Im Gegenteil: das Nebeneinander zweier Systeme führt zu noch mehr Bürokratie und höheren Kosten. Der weitgehende Reformausschluss der bisherigen Überschussbereiche Milch und Rindfleisch beinhaltet die Gefahr steigender Überschüsse mit dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union. Für Deutschland wären weitere Überschüsse mit einer weiteren Verschlechterung der Nettozahlerposition verbunden. Die Übertragung des bisherigen Systems bürokratischer Reglementierungen der europäischen Agrarpolitik auf die neuen Mitglieder in Ost- und Mitteleuropa ist kontraproduktiv, da es einer marktwirtschaftlichen und zukunftsfähigen Orientierung widerspricht.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333